

26. Juni 1977

(Nicht veröffentlicht)

Einige Überlegungen drängen sich nach diesen Abstimmungen vor allem in Zusammenhang mit der Kampagne der SP zur Mehrwertsteuer und zu den "kleineren Schulklassen" auf.

Zuerst zur Mehrwertsteuer: Diverse Gründe mögen die SP dazu bewogen haben, die Mehrwertsteuer zu akzeptieren und sich sogar aktiv (zusammen mit der Gewerkschaftsführung) dafür einzusetzen. Die Drohung mit dem Sozialabbau mag gewirkt haben. Der Hauptgrund liegt aber für uns darin, dass die SP die Konkordanzdemokratie, der politische Arbeitsfrieden, nicht in Frage stellen wollte. Denn eine Ablehnung der Mehrwertsteuer hätte bedeutet, dass man eine Kampagne gegen die Besteuerung der Werktätigen (Mehrwertsteuer) und für die Besteuerung der Reichen (Reichtumssteuer) führen würde, was zur Folge gehabt hätte, dass eine Konfrontation mit dem Bürgertum und mit den bürgerlichen Parteien nicht vermieden werden könnte. Dies hätte dann die Zusammenarbeit mit ~~den anderen~~ ^{diesen} Parteien (u.a. im Bundesrat) erschwert oder sogar verunmöglichlicht und das wollte die SP (und v.a. ihre Führung) nicht. Damit verpassten sie auch die wohl beste Gelegenheit, um ihre eigene Reichtumssteuer-Initiative (Abstimmung im Dezember) zu propagieren.

Aehnlich ist auch unsere Kritik an die SP-Kampagne für die "kleineren Schulklassen". Wir haben diese schon im letzten Info-Bulletin dargelegt und wollen sie nun hier nicht mehr wiederholen, Nachträglich können wir aber feststellen, dass eine "politischere" Kampagne, wenn nicht unbedingt mehr Stimmen, doch aber eine bessere Polarisierung gebracht hätte. Wobei bei dieser Kritik unterschieden werden muss zwischen der Kampagne eines ~~breiten~~ breiten Komitees, der sich ja auf pädagogische Fragen formiert, und die einer politischen Partei. Und auch hier muss festgestellt werden, dass die SP nicht bereit war, sich mit dem Bürgertum zu konfrontieren.

Eine Konfrontation und eine Polarisierung, die das Bürgertum ja möglichst vermeiden will. Denn würden sie entstehen, dann könnte es einem breiteren Teil der Bevölkerung und vor allem der Arbeiterschaft klar werden, dass es bei Schulfragen wie bei Steuerfragen eine Arbeiterpolitik und eine bürgerliche gibt, zwischen denen keine dauernde Kompromisse geben kann.

Diese Abstimmungen zeigen uns also wiedereinmal deutlich, dass die SP (noch?!?) nicht bereit ist, das was der schweizerischen Arbeiterschaft nicht nur die Hände, sondern auch die Füße bindet, der Arbeitsfrieden auf politischer wie auf betrieblicher-gewerkschaftlicher Ebene, in der Praxis in Frage zu stellen, ja zu bekämpfen.

Bruno Bollinger